



Kai Gehring
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede zum Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

*von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am
18.03.2010*

Berlin, 18. März 2010

Kai Gehring, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 2031
Telefon: +49 30 227-74501
Fax: +49 30 227-76642
kai.gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro Essen:

Limbecker Str. 48-50
45127 Essen
Telefon: +49 201-2698-200
Fax: +49 201-2698-249
kai.gehring@wk.bundestag.de

Mitglied des Bundestages

Sprecher für Hochschulfragen, Jugend
und Generationen der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Schavan, ich möchte direkt auf Ihre Rede reagieren, weil ich finde, dass das, was Sie hier zur Föderalismusreform vorgetragen haben, so nicht stehen bleiben kann.

Das war Geschichtsklitterung. Das waren Halbwahrheiten. Das kann man Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie waren damals für das **Kooperationsverbot**. Dazu gibt es Äußerungen von Ihnen. Zum Beispiel im Ausschuss und auch öffentlich haben Sie sich dazu geäußert.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Natürlich!)

Dazu sollten Sie stehen und nicht einfach das Gegenteil vorgaukeln. Das wäre dann eine Stärke von Ihnen. Dann könnte man sagen: Von Saula zur Paula.

Lasst uns gemeinsam etwas machen und dieses unsinnige Kooperationsverbot wieder aufheben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben es doch dem damaligen Einsatz von Opposition und SPD zu verdanken, dass Sie nicht Ihr halbes Ministerium schließen mussten; dann wären Sie nur noch Forschungsministerin. Ohne uns und ohne die Aufweichung des Kooperationsverbotes im Wissenschaftsbereich gäbe es doch heute gar keinen Hochschulpakt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)



Das ist auf unserem Mist gewachsen. Ich finde, Sie sollten einen Vorschlag vorlegen, das konkret ändern und dieses Kooperationsverbot aufheben. Dann kann man einen gesamtstaatlichen Bildungsaufbruch auch wirklich organisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es schon witzig, dass Sie landauf, landab mit der rosaroten Brille der Ministerin herumlaufen und überall „12 Milliarden Euro für Bildung“ promoten. Dabei stehen im Haushalt 2010 lediglich 700 Millionen Euro, und das auch noch als ungedeckte Schecks, da sie mit Sperrvermerken und Ländervorbehalten versehen sind. Allein deshalb muss man fragen: Wie wollen Sie das eigentlich über die Dauer einer Legislaturperiode hinbekommen? Dazu kann man nur sagen: Die schwarzgelbe Bildungsrepublik bleibt offensichtlich eine Fata Morgana.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Was für den Haushalt 2010 gilt, wird beim Haushalt 2011 noch viel schlimmer: Wir haben eine explodierende Schuldenlast. Sie haben eine nie da gewesene Rekordneuverschuldung beschlossen. Es gibt eine Schuldenbremse, die Sie einhalten müssen. Also müssen Sie ab dem nächsten Jahr um mindestens 10 Milliarden Euro pro Jahr kürzen. Dann gibt es noch den Steuersenkungsfetischismus der FDP. Wie wollen Sie vor diesem Hintergrund das 12-Milliarden-Euro-Ziel erreichen? Eine Antwort darauf fände ich sehr interessant.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir Grüne haben verschiedene Finanzierungsvorschläge gemacht. Bei einem hoffe ich immer noch, dass er irgendwann aufgegriffen wird: beim Bildungssoli. Mit dem Bildungssoli ließe sich ein gesamtstaatlicher Bildungsaufbruch organisieren.

Geld ist das eine; das andere ist die **Prioritätensetzung**. Wir sagen ganz klar: Wir brauchen einen Aufstieg durch Bildung statt einer blockierten Gesellschaft. Wir brauchen ein gerechtes Bildungssystem statt des weit verbreiteten Schubladendenkens. Wir brauchen mehr Akademiker und keinen immer größeren



Fachkräftemangel. Diese Prioritäten setzen Sie von Schwarz-Gelb leider überhaupt nicht, sondern Sie stellen die Weichen falsch.

Ein Beispiel dafür ist die Studienfinanzierung. Sie veranschlagen 300 Millionen Euro öffentliche Mittel für ein nationales Stipendienprogramm, das aus unserer Sicht weiterhin ungeeignet ist, deutlich mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen. Das ist die falsche Priorität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Wir werden das Gegenteil beweisen!)

Wenn Sie für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen wollen, sollten Sie stattdessen Ihre Sparstrumpfnovelle beim BAFöG aufbessern und es um mindestens 5 Prozent erhöhen. Dann wäre der Bildungsgerechtigkeit viel mehr Genüge getan als mit dem Stipendienprogramm.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die zentralen Projekte, die Sie ansprechen, sind unausgegoren und unterfinanziert.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Unbekannt!)

Ich nenne zwei Beispiele dafür. Was genau steckt im Bologna-Qualitätspaket, das Sie nach zwei Bildungstreiks angekündigt haben?

(Dagmar Ziegler [SPD]: Ja, eben!)

Wie wollen Sie die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre tatsächlich verbessern? Wie viel Geld legen Sie auf den Tisch? Sind auch die Länder bereit, Geld in die Hand zu nehmen? Es reicht an so einer Stelle nicht, Ankündigungsministerin zu bleiben und durch die Presselandschaft zu stolzieren. Hierbei ist vielmehr ein ganz konkretes Konzept gefordert, das Sie dem Bundestag vorlegen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das zweite Beispiel ist der **Hochschulpakt**. Es müssen dringend mehr Studienplätze aufgebaut werden; aber der Studienplatzaufbau verläuft schleppend. Die Zwischenbilanz ist alarmierend. Man muss nur einmal nach Nordrhein-Westfalen schauen.

(Klaus Hagemann [SPD]: Ja, genau!)



Gerade die schwarz-gelb regierten Länder müssen hier in die Puschen kommen. Absolutes Schlusslicht ist NRW.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] – Klaus Hagemann [SPD]: So ist es!)

Dort müssen noch 15 000 Studienplätze aufgebaut werden. Dort hat man bisher nur 40 Prozent der zwischen Bund und Ländern verabredeten Zielzahl erreicht. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Dort ist Alarmstufe gelb angesagt. Man kann das nicht als Erfolgsmeldung bezeichnen. An den Universitäten in NRW sind sogar 7 000 Studienplätze abgebaut worden. Das ist eine schlechte Bilanz. Das zeigt, dass der Hochschulpakt I weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und dass Worte und Taten massiv auseinanderklaffen.

(Klaus Hagemann [SPD]: Aber nur in NRW!)

Wenn Sie eine dritte Säule im Hochschulpakt schaffen wollen, finden wir das erst einmal vielversprechend; denn wir haben hier vor drei Jahren Anträge gestellt, die ähnliche Vorschläge enthielten, wie man die Lehre deutlich stärken und verbessern kann. Ich hoffe, dass das ernst gemeint ist und nicht die schwarz-gelb regierten Bundesländer vor der Blamage bewahren soll, dass sie keine Studienplätze aufbauen. Diese Säule muss ein Meilenstein und eine echte Qualitätsoffensive für die Lehre werden; das ist uns wichtig.

Wir wollen einen echten Pakt für die Studierenden, der deutlich mehr Studienplätze, gute Studien- und Lehrbedingungen, eine bessere Studienfinanzierung und einen Abbau der Zugangshürden vorsieht. Auf dem nationalen Bologna-Gipfel im Mai und auf dem Bildungsgipfel im Juni dieses Jahres – Sie gipfeln ja jetzt wieder ganz viel –

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Kommen Sie bitte zum Schluss.

(Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Sehr gute Bemerkung!)

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– müssen Sie verbindliche Beschlüsse fassen, statt uns weiterhin halbherzige Ansätze zu präsentieren. An den



Ergebnissen Ihrer Gipfel werden wir Sie messen.
Danke.
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der
SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)